

FOCUS-MONEY vom 27.04.2022, Nr. 18, Seite 32

INTERVIEW

Ohne russisches Gas würde die deutsche Industrie kaputtgehen - womöglich für immer"

Markus Krebber ist seit einem Jahr Chef von RWE. Ein Gespräch über grüne Energie, den Kampf um die Kohle und die Furcht vor einem Blackout



ÖKO-ANTREIBER KREBBER: "Alles, was genehmigt wird, wird gebaut. Bis 2030 investieren wir allein in Deutschland 15 Milliarden Euro"

Vita

Markus Krebber

RWE-Chef Krebber ist am **16. Februar 1973** in Kleve geboren. Nach dem Abitur macht er zunächst eine Ausbildung zum Bankkaufmann bei der **Deutschen Bank**

Nach dem Ökonomie-Studium heuert er als Berater bei McKinsey an, von dort geht es zur Commerzbank

2012 wechselt er zum Energiekonzern RWE, wird 2016 Finanzvorstand und 2021 Vorstandsvorsitzender

Herr Krebber, Wirtschaftsminister Habeck will mit seinem Osterpaket möglichst schnell auf erneuerbareEnergie umsteigen. Überzeugt Sie die Euphorie des grünen Vizekanzlers? Markus Krebber: Mit dem "Osterpaket" setzt die Bundesregierung fort, was sie im Koalitionsvertrag angekündigt hat. Neuen Schub bringen kann vor allem die Einstufung erneuerbarer Energien als "von überragendem öffentlichem Interesse". Damit könnten Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigt und Gerichtsverfahren erheblich vereinfacht werden - bisher ein Flaschenhals beim Ausbau von Windkraft-und Solaranlagen in Deutschland. Ist das nun der große Wurf, der den Umbau der deutschen Energiebranche voranbringt, oder wo sehen Sie noch Nachbesserungsbedarf? Krebber: Es ist eine gute Grundlage, auch wenn es noch Anpassungsbedarf gibt, um das Ziel einer grünen und unabhängigeren Energieversorgung so schnell wie möglich zu erreichen. Luft nach oben sehe ich vor allem beim geplanten Wind-auf-See-Gesetz. Das Ausschreibungsdesign setzt aktuell nicht die richtigen Anreize, die wir benötigen, um große Mengen grünen Stroms zu attraktiven Preisen an die Industrie zu vermarkten. Genau das brauchen wir aber, wenn Produktionsprozesse dekarbonisiert werden sollen. Industriepolitisch vertun wir hier eine Chance, wenn nicht nachgebessert wird. Der Umbau hin zu Erneuerbaren wird auch deshalb drängender, weil Deutschland seit dem Angriffskrieg auf die Ukraine noch schneller vom russischen Gas wegkommen will. Viele fordern ein sofortiges Gasembargo. Sie auch? Krebber: Die Bilder aus der Ukraine machen auch mich fassungslos und ich kann jeden verstehen, der maximale Sanktionen gegen Russland verlangt, um den Kreml zu schwächen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir in Deutschland in hohem Maß von russischen Energielieferungen abhängig sind. Ein Embargo vor allem beim Gas hätte dramatische Folgen für die Wärmeversorgung der Haushalte und für die deutsche Industrie. Bei einem Stillstand der Produktionsanlagen über einen gewissen Zeitraum würden sie schlicht kaputtgehen und es wäre fraglich, ob sie je wieder aufgebaut werden. Habeck argumentiert ähnlich. Hat er also Ihr volles Vertrauen? Krebber: Wir wissen es sehr zu schätzen, dass die Bundesregierung sehr konzentriert und sachlich an die Sache herangeht. Aus der Emotion heraus geschieht oft Übereiltes. Die Regierung muss Entscheidungen treffen, die man auch durchhalten kann, mit dem Ziel, den Kreml mehr zu schwächen als uns selbst. Wie geht es langfristig weiter? Krebber: Tatsächlich müssen wir den Umbau hin zu einer grünen Energieversorgung maximal beschleunigen. Gleichzeitig bleibt es hierzulande beim Ausstieg aus der Kohle. Das Zieldatum der Bundesregierung lautet 2030, und das heißt, wir brauchen flexible Back-up-Kapazitäten, wenn Wind und Sonne für die Stromversorgung nicht ausreichen. Dafür sollen Gaskraftwerke sorgen, die mit grünen Gasen betrieben werden müssen. Deshalb muss sich der Trend, neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien auch auf grüne Moleküle - also Wasserstoff oder Ammoniak - zu setzen, ebenfalls maximal beschleunigen. Und hierzu gehört auch der Aufbau von entsprechenden Importinfrastrukturen. In Biblis haben Sie ein neues Gaskraftwerk bereits im Bau. Müssen Sie Ihre weiteren Baupläne überdenken? Krebber: In Biblis entsteht eine kleine Anlage, die nur temporär und auf Anforderung der Übertragungsnetzbetreiber zur Netzstabilität genutzt werden wird. Der Bau nähert sich dem Abschluss, im Oktober wird die Anlage wie geplant zur Verfügung stehen. Was Gaskraftwerke angeht, wird man austarieren müssen, ob diese womöglich besser etwas später kommen, um sie dann direkt mit grünem Wasserstoff zu betreiben statt übergangsweise mit Erdgas. Woher kommt dieser Wasserstoff? Sie waren gerade mit Habeck in den Vereinigten Arabischen Emiraten, um neue Lieferverträge auszuhandeln - läuft Deutschland nicht Gefahr, in neue Abhängigkeiten zu geraten? Krebber: Nein, hier geht es ja gerade nicht darum, erneut von einem Land abhängig zu werden. Bei pipelinegebundener Versorgung?...wie beim Gas . . . Krebber: ? hängt man an einem einzigen Lieferanten. Beim Aufbau der Importinfrastruktur für Flüssiggas oder auch Wasserstoff gibt es dagegen verschiedene Lieferanten. Auch wir führen Gespräche in unterschiedlichen Ländern. Insofern sehe ich da keine Gefahr der Abhängigkeit. Bislang hat Deutschland kein einziges Flüssiggasterminal - warum braucht es erst einen Krieg, ehe es da vorangeht? Krebber: Sie wissen wahrscheinlich, wie lange unser Unternehmen sich schon um ein Importterminal in Deutschland bemüht - dieses Projekt zieht sich schon seit einigen Jahren hin. In so gut wie allen europäischen Ländern gibt es dagegen eine entsprechende Versorgung über LNG-Terminals. Lässt sich rational erklären, warum es in Deutschland noch keine gibt? Krebber: Es gab in Deutschland immer die tiefgehende Lieferbeziehung zu Russland. Die ist in den 70er-Jahren entstanden und immer weiter ausgebaut worden. Und das sogar nach der Annexion der Krim - nach 2014 ist der Anteil von russischem Gas an der deutschen Versorgung sogar noch gestiegen, auf zwischenzeitlich bis zu 54 Prozent. Krebber: Die Gasnachfrage ist auch wegen der Energiewende Kernenergie-und Kohleausstieg - immer weiter gestiegen. Und da es eine Pipeline-Anbindung an Russland gibt, ist darüber mehr geliefert worden. Außerdem waren die Preise für das Gas aus Russland deutlich günstiger. Den Preis zahlen wir dafür heute, obwohl Länder wie Litauen oder auch die Ukraine lange und dringlich vor just dieser Abhängigkeit gewarnt haben. Krebber: Große Energieinfrastruktur-Investitionen wie der Bau von LNG-Terminals funktionieren am Ende immer nur mit politischer Unterstützung. Und die hat es bisher nicht gegeben. Jetzt gibt es sie, 2025 sollen die ersten LNG-Terminals stehen. Schneller geht es nicht? Krebber: Wir glauben schon, dass wir schneller Flüssiggas importieren können - und zwar über schwimmende Terminals. Der Engpass besteht derzeit im Bau der Pipelines, um das Flüssiggas an das Erdgasnetz anzubinden. Das sind keine großen Strecken und da haben wir die Hoffnung, dass die Politik auch hier nun eine maximale Beschleunigung ermöglicht. Die ersten Entscheidungen dazu sind bereits getroffen. Auch für den Ausbau der Erneuerbaren

brauchen Sie schnellere Genehmigungen . . . Krebber: Definitiv. Wenn wir hier in Deutschland eine Fläche identifiziert haben, auf der wir gut einen Onshore-Windpark bauen können, dauert es bis zur Inbetriebnahme mindestens fünf, eher bis zu sieben Jahre. Unternehmen überlegen sich angesichts eines so langen Zeitraums sehr genau, wie viele Ressourcen sie dafür bereitstellen. Nur zum Vergleich: In großen Teilen der USA dauert der gleiche Prozess zweieinhalb Jahre. Wenn es nun auch in Deutschland schneller geht: Wie viele Projekte könnten Sie jetzt aus der Schublade ziehen? Krebber: Bei uns gilt die Devise: Alles, was genehmigt wird, wird gebaut. Bis 2030 investieren wir allein in Deutschland 15 Milliarden Euro brutto. Der Engpass liegt also nicht beim Geld. Zum Glück erleben wir bei der Bundesregierung, dass sie die Probleme erkannt hat. Der Wirtschaftsminister hat schon in seiner Eröffnungsbilanz den Finger in die Wunde gelegt. Dazu zählt auch, dass die Akzeptanzprobleme von erneuerbaren Energien in der Bevölkerung angegangen werden müssen. Na ja, wollen Sie gern ein Windrad hinter Ihrem Haus stehen haben? Krebber: Genau dieser Diskurs muss jetzt endlich stattfinden. Wir hätten den Wohlstand in dieser Republik nie erreichen können, wenn nirgendwo Industrieanlagen gebaut worden wären. Dann gäbe es, überspitzt gesagt, hierzulande keine Eisenbahntrasse, keine Brücke, keinen Flughafen, kein Chemie-oder Automobilwerk. Mit dem Wirtschaftsminister sind Sie in der Argumentation nicht weit auseinander. Da könnten Sie fast Plätze tauschen ... Krebber: Die Frage ist, wer da jetzt mehr Lust darauf hätte (lacht). Nein, im Ernst. Wir haben uns bei RWE schon vor geraumer Zeit entschieden, die Energiewende maximal zu beschleunigen und dafür weltweit 50 Milliarden Euro in erneuerbare Energien, Wasserstoffwirtschaft und flexible Back-up-Kapazitäten zu investieren. Aber just die Ukraine-Krise könnte Ihnen dabei ein Bein stellen, weil Ihre alten Kohlekraftwerke nun länger laufen müssen, um Importe aus Russland zu ersetzen. Wie viel länger werden Ihre Kohlekraftwerke laufen? Krebber: Vielleicht braucht man Kohlekraftwerke jetzt wieder verstärkt, um die Abhängigkeit vom Gas zu reduzieren. Aber am Kohleausstieg ändert sich grundsätzlich nichts, das muss eine temporäre Maßnahme bleiben, über die die Bundesregierung entscheidet. Die Daten darüber, was wir an Kraftwerksleistung zusätzlich bereitstellen könnten, liegen vor. Und wir wissen auch, was in die Anlagen investiert werden müsste, um sie wieder zu ertüchtigen. Geplant war ja eigentlich ihre Stilllegung. Außerdem müssten wir Hunderte Mitarbeiter dazu bewegen, länger als ursprünglich geplant an Bord zu bleiben. Die EU hat ein Einfuhrverbot für Kohle aus Russland beschlossen. Welche Folgen hat das? Wird der Strom jetzt knapp? Krebber: Die Folge wird sein, dass die Kohle jetzt aus anderen Ländern beschafft werden muss und zwar vermutlich zu deutlich höheren Preisen. Und auch Russland wird leider neue Länder finden, wo es seine Kohle hinliefert, denn weltweit bleibt die Nachfrage ja unverändert. Trotzdem kann ich das Embargo verstehen, es ist ein weiteres sehr klares Signal. Was bedeutet das für RWE? Wie können, wie müssen Sie jetzt umdisponieren? Krebber: Auch wir müssen andere Lieferanten zum Beispiel für unser niederländisches Kohlekraftwerk suchen. In Deutschland haben wir kein Steinkohlekraftwerk mehr. Hier betreiben wir nur noch Braunkohlekraftwerke und diesen Rohstoff haben wir hier selbst. Rausgehalten hat sich die Bundesregierung allerdings in Ihrem umstrittenen Tagebau in Garzweiler. Dort hat Ihnen nach einem Gerichtsurteil gerade der letzte Landwirt des Ortes Lützerath seinen Hof verkauft. Machen die Bagger den nun tatsächlich platt? Krebber: Der Koalitionsvertrag verweist dazu auf das Gerichtsverfahren. Das Gericht hat entschieden. Inzwischen gibt es auch eine einvernehmliche Lösung zwischen RWE und dem Landwirt. Das gilt es zu respektieren. Sachlich betrachtet, ist das Thema damit erledigt. Jetzt geht es um die Umsetzung. Ich kann nur appellieren, das abgewogene Urteil eines unabhängigen Gerichts zu akzeptieren und dass mögliche Proteste friedlich ablaufen. Und dann ist da auch noch Ihr Großinvestor Enkraft, der dafür ist, die Kohlesparte lieber heute als morgen abzutrennen und sich ausschließlich auf erneuerbareEnergie zu konzentrieren? Krebber: Beim grundsätzlichen Ziel, so schnell wie möglich ein rein grünes Unternehmen zu werden, sehe ich keine Differenzen zu Enkraft. Wir unterscheiden uns allerdings bei der Frage, was der richtige Weg dorthin ist. Enkraft versucht es über die vorgeschlagene Abtrennung mit der Brechstange, und das, obwohl damit keine Tonne CO2 gespart wird. Das wird nicht gelingen. Ohne die Zustimmung der Politik, die Beachtung sozialer Aspekte der betroffenen Belegschaften und aktuell auch der Versorgungssicherheit ist keine Lösung umsetzbar. Wie gesagt, das geht alles nur im Einvernehmen mit der Politik und die hat angekündigt, andere Modelle, nämlich eine Stiftung, zu prüfen.



von CARLA NEUHAUS und PETER STEINKIRCHNER



Bildunterschrift: ÖKO-ANTREIBER KREBBER: "Alles, was genehmigt wird, wird gebaut. Bis 2030 investieren wir allein in Deutschland 15 Milliarden Euro"

Quelle: FOCUS-MONEY vom 27.04.2022, Nr. 18, Seite 32

Rubrik: moneymarkets

Dokumentnummer: focm-27042022-article_32-1

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/FOCM_aecb5c76cbfb4c1f1852eda7533851cd26b23929

Alle Rechte vorbehalten: (c) Focus Magazin Verlag GmbH, Muenchen

© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH